

Die schwierigen Zeiten der Liberalen

Ich kann es kaum glauben, dass der immer so jugendlich aussehende Gerhard Schwarz schon 60 Jahre alt wird. Es ist ein schönes und in gewissem Maße würdiges Alter, in dem man in vergangenen Zeiten meistens begann, sein Leben zu verlangsamen und zu rekapitulieren, doch heutzutage ist es ein vollkommen vollwertiges mittleres Alter. Im Falle von Gerhard Schwarz ist dies sehr gut, da es nur sehr wenige Menschen gibt wie ihn – insbesondere im heutigen sehr unliberalen Europa. Ich erwarte in der Zukunft noch viel von ihm.

Ich bin kein Kenner der Details seines Lebens und Werkes und daher führe ich sogleich zu Beginn an, womit ich ihn verbinde. Es sind:

- seine außerordentlich wichtige und höchst praxisorientierte *Redaktions- und Publikationstätigkeit bei der Neuen Zürcher Zeitung*, in dieser besonders hochwertigen, aber leider wohl letzten liberalen Zeitung, die es in Europa (zumindest in deutscher Sprache, aber wohl überhaupt) noch gibt;
- seine *tiefe Kenntnis der Volkswirtschaftslehre* und zwar insbesondere ihrer Subdisziplin, der Theorie der komparativen Wirtschaftssysteme. Er war deshalb einer der wenigen, der von Anfang an den komplizierten Charakter des Transformationsprozesses gut verstand, bei dem es in Ländern – wie in der Tschechischen Republik – zur radikalen Umstellung vom Kommunismus auf die freie Gesellschaft und Marktwirtschaft kam, und der das seltene Verständnis für den originellen Weg hatte, den wir damals, zum Beginn der 1990er-Jahre, in unserem Land gewählt hatten;
- sein konsequenter und tief durchdachter *klassischer Liberalismus*, der überdies durch das Land verstärkt wird, in dem er lebt – durch die Einmaligkeit der schweizerischen Geschichte und die einmalige Stellung der Schweiz im heutigen zentralisierten und überregulierten Europa;
- die *Mitgliedschaft von uns beiden in der Mont Pelerin Society*, die uns einen guten Grund gibt, voneinander zu wissen und uns von Zeit zu Zeit zu sehen. Auch seine Tätigkeit in weiteren Institutionen steht mir

nahe – so z. B. in der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft, deren Vorsitzender er ist, und in der schweizerischen Progress Foundation, deren stellvertretender Vorsitzender er ist. Uns verbindet auch, dass wir beide in Deutschland mit dem sehr hochrangigen Ludwig-Erhard-Preis ausgezeichnet worden sind (er im Jahre 1996 und ich im Jahre 1993). Uns verbinden gerade Namen wie von Hayek und Erhard, aber auch einige weitere.

1. Die gegenwärtige Defensive des klassischen Liberalismus und der Anbruch der Postdemokratie

Gerade jetzt, zum Beginn des einundzwanzigsten Jahrhunderts, ist es notwendig, sehr intensiv über all diese Themen zu sprechen, da nichts davon, was Gerhard Schwarz (und mit ihm zusammen auch ich) vertritt, Mehrheitsmeinung ist. Der klassische Liberalismus gelangte wieder – trotz der Hoffnung, die mit der Beendigung seines Gegenteils, dem sehr unliberalen Kommunismus, verbunden war – in die sichtbare Defensive. So sehr wir die gegenteilige Entwicklung erwarteten, so wenig hat der Zusammenbruch des Kommunismus den klassischen Liberalismus und dessen Position in der heutigen westlichen Gesellschaft gestärkt, sondern eher, wie paradox dies auch immer klingen mag, geschwächt. Es ist bemerkenswert (und eigentlich eher traurig), dass der „stille“ Verlust der ursprünglichen Ambitionen und des Elans, zu dem es ein paar Jahre nach dem Fall des Kommunismus gekommen war, von keinem der restlichen großen Liberalen explizit diskutiert wurde. Glauben denn auch sie an Fukuyamas „Ende der Geschichte“?

Die Größe, Kraft und damit auch die Gefährlichkeit des Kommunismus motivierten – ähnlich wie es auch beim Nazismus der Fall war – all jene, für die die Freiheit über allem stand, zu außerordentlicher intellektueller Aktivität. Dies bot vielen Großen des wahrhaften Liberalismus (im europäischen Sinn des Wortes) – von Mises, über von Hayek bis hin zu Friedman – den Raum, ihre grundlegenden Werke gerade diesem Thema zu widmen. Dies motivierte sicherlich auch Gerhard Schwarz.

Diese Phase der historischen Entwicklung ist jedoch zu Ende. Außerdem ist die allgemeine Achtsamkeit verschwunden. Nach dem Fall des Kommunismus begannen die Menschen das Gefühl zu haben, sie seien bereits in einer Art ständiger Sicherheit und dass man den guten alten klassischen Liberalismus nun nicht mehr benötige. Bewusst oder unbewusst nahmen

sie die Thesen der Nichtliberalen an, dass der klassische Liberalismus veraltet und unmodern und dass er ein Relikt der Vergangenheit sei.

Die Menschen glaubten an etwas vollkommen Ahistorisches. Sie glaubten, dass die Menschheit in eine neue, bislang unbekannte Etappe eingetreten sei. Sie begannen, an die Entideologisierung der Politik und an eine „Informations“- oder „Kenntnisgesellschaft“ zu glauben (und sie ärgern sich sehr, wenn ich sie daran erinnere, dass auch der kommunistische „Zar“ Leonid Breschnew auf ähnliche Weise am Anfang der 1970er-Jahre viel mehr an die wissenschaftlich-technische Revolution als an die Stärke des Kommunismus geglaubt hatte). Sie begannen, an das Ende der Geschichte bzw. das Ende der Ideologie zu glauben. Gerhard Schwarz weiß, dass dies ein gewaltiger Irrtum ist, der sich bald rächen wird.

Diese immer mehr Raum und Unterstützung gewinnenden Mehrheitsmeinungen führen zur allmählichen Herausbildung einer neuen Variante der „brave new world“ von Aldous Huxley, die auf eine neue (oder eher altneue) Form einer unliberalen gesellschaftlichen Ordnung ausgerichtet ist. Im politischen Bereich herrscht Sozialismus (vielleicht – genauer gesagt – Neosozialismus oder Sozialdemokratismus), so sehr sich dessen heutige Ideologen für dieses unmoderne Wort auch schämen und sich daher hinter modern klingenden Etiketten des Typs: „ökologische und soziale marktwirtschaftliche Gesellschaft“ verbergen. Diese Ideologie sieht – insbesondere in ihrer derzeitigen französisch-deutschen Ausführung – keinesfalls zufällig den Kapitalismus und den Markt (und gleichzeitig auch den klassischen Liberalismus) als ihren größten Feind.

In der Wirtschaft (und auch in der Volkswirtschaftslehre) hat wiederum der etwas renovierte Keynesianismus zu dominieren begonnen (in seiner europäischen Variante der sozialen Marktwirtschaft und in seiner amerikanischen, heute „Obamischen“ Verpackung). In den internationalen Beziehungen wird der Staat und dessen Souveränität immer mehr unterdrückt und es siegt der europäische Kommunitarismus (als ganz besonders erfolgreiche Abzweigung der zahlreichen Globalisierungsdoktrinen). Jegliches Anzeichen von Bemühungen des einen oder anderen Staates um Stärkung seiner Souveränität wird als Nationalismus angesehen. Der weltweite Glaube an etwas derart Absurdes wie Global Governance wird deutlich stärker.

In der Ideologie (und unter den säkularen Religionen) ist der Environmentalismus in Mode, der sich im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte in

die größte – da attraktiver als alles andere – Bedrohung der menschlichen Freiheit und der sie begleitenden Prosperität wandelte. Im philosophischen Denken herrscht der vernichtende Relativismus, die Missachtung der Rationalität, die postmoderne Inkonsistenz des Denkens vor. Zu all dem hat Gerhard Schwarz etwas zu sagen, und es ist wichtig, dass er es sagt und dass er imstande ist, es zu sagen. Ich glaube, dass er – ebenso wie ich – keine Angst hat, sich zum Kapitalismus, zum konservativen Gedankengut und zu den traditionellen europäischen Werten zu bekennen. Und dass ihm alle Varianten des Sozialismus und des modernistischen oder postmodernistischen Denkens fremd sind.

Es ist kein Zufall oder historischer Irrtum, dass wir in der westlichen Welt erneut in diese offensichtlich unliberale Ordnung gelangt sind. Ich glaube sogar, dass wir wissen, warum dies geschehen ist. Der ausschlaggebende Grund liegt m. E. darin, dass jene grobe, totalitäre Unterdrückung der Freiheit bereits mindestens zwei Jahrzehnte Vergangenheit ist, dass sich bereits alle in gewissem Maße zufrieden gegeben haben und daher in der heutigen Zeit fast niemand die tatsächliche Freiheit verteidigt. Es sieht so aus, bzw. einige versuchen, dies derart zu präsentieren, als würde es sich lediglich um Kleinigkeiten und Haarspalterei handeln. Warum stören die obligatorischen Helme beim Radfahren und Skilaufen? Warum stört das Rauchverbot? Warum stört der obligatorische Austausch der Glühbirnen gegen die angeblich sparsameren (aber schlechter leuchtenden) Glühlampen? Warum stört die obligatorische Impfung gegen die Schweinegrippe? Es ist doch dem Wohl aller, auch derjenigen, bestimmt, die dies noch gar nicht wissen.

In den derzeitigen, sehr trivialisierten Überlegungen über die menschliche Gesellschaft spielt die schematisch – und daher völlig falsch – wahrgenommene Dichotomie der Gegensätze *Totalität – Freiheit* die ausschlaggebende Rolle. Menschen wie Gerhard Schwarz wissen gut, dass es nicht genügt, dabei stehen zu bleiben, dass dies sogar gefährlich sein kann. Es gibt auch andere Bedrohungen der Freiheit als grobe Gewalt, Konzentrationslager oder Gulags. Der Nicht-Totalitarismus ist bei Weitem noch keine Freiheit.

Viele Menschen verstehen das nicht. Der Hauptgrund für das Unverständnis des Wesens der tatsächlichen Freiheit einerseits und der Gründe und Folgen des dramatischen Rückgangs des Glaubens an die Wichtigkeit der Freiheit und der individuellen Verantwortlichkeit andererseits

besteht – neben der Existenz der nominalen Freiheit und der relativen materiellen Fülle und des sich daraus ergebenden Fehlens der Angst vor deren Verlust – in der unglaublichen Oberflächlichkeit und Bequemlichkeit des heutigen Denkens.

Dazu trägt in bedeutsamer Weise auch die nachlassende Qualität der modernistisch bzw. postmodernistisch geprägten Bildung bei, die zur Absenz einer tieferen und ausgewogenen Bildung führt, die früher – zumindest bei Menschen mit Hochschulausbildung – existierte. Auf wesentliche Art und Weise wird dies alles auch durch die allmächtige mediale Popkultur beeinflusst. Beides ist mit Mangel an Demut, der sich aus dem Verlust des Glaubens an was auch immer ergibt, was das Individuum übersteigt, und mit der Dominanz der Kultur einer durch nichts gebremsten Toleranz gegenüber fast jedem Verhalten dieses – von den verschiedensten „Fesseln“ befreiten – Individuums verbunden, das sich bei der von niemandem in Zweifel gezogenen Apotheose der heutigen permissiven Gesellschaft vollzieht. Wiederum – Permissivität ist nicht Freiheit.

Das Bildungsproblem betrifft alle Schulstufen, wobei die größte Bedeutung darin liegt, dass das Hochschulwesen seinen ursprünglichen universalen Charakter verloren hat. Anstelle seiner tatsächlichen Berufung widmen sich die Universitäten der Produktion von sehr spezialisierten, nur partiell gebildeten Experten und wandeln sich in eine Fabrik zur Herstellung von Diplomen und Titeln für diejenigen, die diese zwar nicht verdient haben, aber die die heutige moderne „Kenntnis-“ und europäisch harmonisierte, also nivellierte Gesellschaft (und Wirtschaft) fordern. Daher werden alle in der Vergangenheit existierenden Kriterien verweicht.

Allein die Inflation der Hochschulen führt zum Niedergang der Bildung, wozu es unter dem gefälligen, quasi-demokratischen Motto kommt: „Alle an die Hochschule“. Es wurde politisch inkorrekt und fast zu einem Skandal, wenn man die offensichtliche Wahrheit aussprach, dass die Menschen nicht gleich sind und sie nicht gleich talentiert auf die Welt kommen. Aus dem gleichen Grund ist es auch nicht möglich, zu dieser Überproduktion von Hochschulen die notwendige Anzahl von Hochschullehrern zu „produzieren“, auch wenn gerade sie das wahrhafte Wesen des Schulwesens darstellen. Es ist traurig, dass dies nur wenige Menschen ärgert und dass die Folgen der heutigen gefährlichen Nivellierungsprozesse unterschätzt werden. Darauf reagieren wir, nach einem halben Jahrhundert im Kommunismus, sehr empfindlich.

Eine Schlüsselrolle bei der Vertiefung und Verstärkung dieser Prozesse spielt die mediale Popkultur¹ und insbesondere ihre am meisten sichtbare Komponente: das Fernsehen. Es ersetzte das Wort durch das Bild. Die Folge davon ist, dass das Nachdenken (das in Worten geschieht) durch das Zuschauen abgelöst wurde. Die meisten Menschen sind bloße Zuschauer der sie umgebenden Welt und passiver Gegenstand ihres eigenen Schicksals. Sie sind über die Welt nicht seriös informiert, sie sind mystifiziert und manipuliert. In der unendlichen Internetdatenflut sind die Informationen verloren gegangen, wobei diese für die rationalen Entscheidungen von Menschen unerlässlich sind. (Ich würde jetzt gerne die Überlegungen entwickeln, dass Daten keine Informationen und dass Informationen kein Wissen und keine Kenntnisse sind – aber dies würde mich in eine ganz andere Richtung treiben).

Der mediale und der politische Mainstream weisen eine noch nie da gewesene Einheit auf. Während im klassischen Alter der liberalen Demokratie die Medien in der Regel gegenüber dem Establishment in Opposition standen, sehen wir heutzutage etwas ganz anderes: Die Politiker übernehmen die medialen Katastrophenszenarien (z. B. globale Erwärmung) und passen ihre Politik an sie an, und ebenso unterstützen die Medien propagandistisch die Regierungen (z. B. immer tiefer greifende EU-Integration) und manipulieren die Bürger zur unkritischen Annahme sehr strittiger politischer Entscheidungen und Trends. In „kollegialer“ Einheit stellen sie uns die Welt als Schauplatz beständiger Bedrohungen und als Raum vor, in dem es nur eine einzige richtige Lösung gibt.

Tag für Tag wird eine sich vor unseren Augen ereignende Katastrophe von einer anderen abgelöst, und wenn diese dann medial ausgeschlachtet ist, kommt die nächste an die Reihe. Heute kann sich wohl kaum noch jemand an den Wahnsinn um den sogenannten Rinderwahn erinnern, bei dem ganze Herden notgeschlachtet und liquidiert worden sind, ohne einen einzigen nachgewiesenen Fall der Übertragung dieser Krankheit auf den Menschen verzeichnet zu haben. Bei der sogenannten Vogelgrippe wiederholte sich dann das gleiche Szenario in den Geflügelbeständen. Ganz zu schweigen von der jüngsten Hysterie um die Schweinegrippe. Dort wandelte sogar die World Health Organization (WHO) ihre bishe-

1 Die Analyse der medialen Popkultur würde uns in eine unerträgliche Breite führen, daher werde ich mich hier diesem Thema nicht widmen.

rigen Regeln, um diese Grippe vollkommen verantwortungslos zur Pandemie erklären zu können.

Nichts anderes war auch der Alarm und die „Schließung des Himmels über Europa“ während des Ausbruchs des Vulkans Eyjafjallajökull auf Island. In der Welt brodeln an den verschiedensten Orten mächtigere Vulkane, doch noch nie wurde deswegen der dichte Flugverkehr auf dem halben Kontinent eingeschränkt. Alles hat neben der allgemeinen Angstmacherei noch einen weiteren bemerkenswerten gemeinsamen Nenner: riesige Finanztransfers von öffentlichen Quellen an Privatfirmen. Doch die investigativen Medien interessieren sich merkwürdigerweise für diesen offensichtlichen Fakt nicht.

Eine derartige Einheit des propagandistischen und manipulativen Zusammenspiels zwischen dem politischen und medialen Mainstream ist nur aus totalitären Diktaturen bekannt – einige von uns können sich noch gut daran erinnern. Die Mediokratie wird zur postmodernen Alternative der Demokratie.

Ähnlich destruktive Prozesse finden auch in der Politik und im politischen Gedankengut statt. Die Politiker streben bereits lange keine Verteidigung ihrer „großen“ Ideen mehr an. Sie gaben auch die Suche und Artikulierung des größten gemeinsamen Nenners der Interessen der Bürgergruppen auf, die sie vertreten oder die sie zumindest vertreten sollten. Stattdessen konzentrieren sie sich auf Medienbilder, Symbole und Emotionen, das einzige wahrhafte und authentische Interesse, das man heute in der Politik beobachten kann. Dies ist das Interesse an der eigenen Wiederwahl, das Mittel für den Machteinfluss bzw. den wirtschaftlichen Einfluss zu Gunsten von konkreten persönlichen Interessen oder Interessen bestimmter politischer Mitspieler.

2. Die Wiedergeburt von Keynes

Sehr deutlich ist das auch in der Wirtschaft und im ökonomischen Denken. Während in der Politik die Extreme des zwanzigsten Jahrhunderts – der Nazismus und der Kommunismus – mehr oder weniger verlassen wurden und heute von niemandem mehr verteidigt werden, ist es in der Wirtschaft anders. Für die meisten Menschen wurde die Krise der 1920er- und 1930er-Jahren des letzten Jahrhunderts als endgültiger Beweis dafür genommen, dass die damalige Form des Kapitalismus nicht weiter beste-

hen kann.² In den 1930er-Jahren ist – als Reaktion auf diese Krise – eine szientistisch erscheinende Doktrin entstanden, die zudem nicht von einem Outsider formuliert wurde, sondern von einer wichtigen Persönlichkeit des damaligen Establishments der Wirtschaftswissenschaft (Universität Cambridge), des kulturellen Lebens (Londoner Bloomsbury-Gruppe), der Wirtschaftspolitik (bedeutende Funktionen auf wichtigen internationalen Konferenzen nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg) – John Maynard Keynes. Dieser attraktiven, leicht verständlichen und leicht politisch durchsetzbaren Doktrin wurde Glauben geschenkt.

Mit seinem genialen Gespür traf Keynes voll die gesellschaftliche Nachfrage. Es gelang ihm, den Kapitalismus überzeugend genug zu desinterpretieren (und schaffte dies durch eine Karikatur des bedeutenden klassischen Ökonomen Jean-Baptiste Say auch für die gesamte bis dahin bestehende Wirtschaftswissenschaft) und den Ökonomen, Politikern und Medien die Überzeugung aufzudrängen, dass ein rasantes Eingreifen des Staates in die Wirtschaft in Form von umfangreichen „staatlichen Ausgaben“ zur Ergänzung der inhärent ungenügenden „effektiven Nachfrage“ des nichtstaatlichen Sektors der Wirtschaft – von uns allen in unserer Rolle als Verbraucher oder Investoren die einzige mögliche Zukunft für den Kapitalismus sein kann. Keynes „spielte“ dramatisch mit dem Bild vom Versagen des Marktes, die Frage nach dem Versagen des Staates stellte er sich nie.

Der Sieg des Keynesianismus bzw. der auf ihm basierenden Wirtschaftspolitik der westlichen Staaten hatte fatale Folgen. Vergleichen wir den Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 1930 und im Jahr 2000, ist der Unterschied enorm. Vergleichen wir die Steuerquote, wieder ein großer Unterschied (dabei sollten wir das Jahr 1930 eher mit 1980 vergleichen, d. h. mit der Welt von R. Reagan und M. Thatcher). Das Gleiche gilt für den Vergleich der Staatsverschuldung. Vergleichen wir die damalige und heutige Höhe der Sozialeinkommen mit anderen Einkommen, sehen wir wieder eine enorme Differenz. Dasselbe gilt für die Zahl der staatlichen Beamten. Dasselbe gilt für den Umfang der Gesetzestexte.

2 Mehr zu diesem Thema ist in meinem Text „Gefahr des aggressiven Keynesianismus der zweiten Generation“ zu finden; <http://www.klaus.cz/clanky/419>. In verkürzter Form publiziert in: Wirtschaftswoche, 18.05.2009.

Die Krisen können nicht ganz vermieden werden. Die Krise muss stattfinden. Sie ist ein Gesundungsprozess. Sie ist die notwendige und durch nichts zu ersetzende Liquidation von nicht haltbaren wirtschaftlichen Aktivitäten, die auf vorherigen falschen Entscheidungen basieren. Es ist unvernünftig, die Krisen durch eine künstliche Aufrechterhaltung dieser Aktivitäten um den Preis einer enormen Verschuldung zu eliminieren.

Früher oder später wird die Krise überwunden sein. Ein langfristiger Schaden wird gerade durch die Errichtung dieser weitgehenden makroökonomischen und regulatorischen staatlichen Eingriffe entstehen. Den Gegnern des Marktes gelang es wieder, ein großes Misstrauen in das System hervorzurufen. Dieses Mal ist die Kritik jedoch nicht gegen den Kapitalismus des freien Marktes, gegen Laissez-faire, gegen den Kapitalismus von Adam Smith, Friedrich A. von Hayek, Milton Friedman wie vor 70 bis 80 Jahren gerichtet. Die Kritik richtet sich heute gegen den schon sehr stark regulierten, verstaatlichten Kapitalismus der Gegenwart. Die heutigen Kritiker erwecken den Anschein, dass das heutige System gar nicht reguliert ist, als ob es nicht unter einer immensen Beeinflussung des Staates ist, als ob es sich wirklich um ein System der Art „free market“ handeln würde, dies ist aber nicht wahr. Den gegenwärtigen sozialistischen „Visionären“ ist die keynesianische Revolution nicht genug. Sie wollen eine weitere Revolution – den Markt noch mehr einschränken.

Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise, die ohne Zweifel größer ist als die Krisen der letzten Jahrzehnte, hat ihnen in die Hände gespielt. Sie wurde nicht vom Markt verursacht. Diese konkrete Krise entstand durch ehrgeizige, jedoch irrationale staatliche Eingriffe in die Zinssätze und in den Umfang des Geldangebots in den USA, begleitet von einer fehlerhaften Regulierung des Finanzsektors. Als Lösung bietet sich eine weitere Unterdrückung und Deformierung des Marktes, was ihn jedoch aus dem Spiel ausschließt. Der Markt wird nicht mehr als autonomes System betrachtet, sondern als ein Instrument in Händen der Politiker. Dass dies schlecht ist, hat uns der Kommunismus ganz klar gezeigt. Obwohl das kommunistische Regime schon vor mehr als zwei Jahrzehnten gefallen ist, traue ich meinen Augen nicht, wenn ich mit Slogans wie „die Wirtschaft muss den Menschen dienen“ (das Hauptmotto eines der letzten Treffen des Weltwirtschaftsforums in Davos), „Finanzsystem im Dienste der Menschheit“ (der Titel der Rede eines Staatspräsidenten eines

EU-Landes auf einer großen internationalen Finanzkonferenz). Das Schlimmste ist, dass die Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaft, Stiglitz und Krugman, in ihren akademisch aussehenden Texten etwas sehr Ähnliches sagen.

Ich bin mir nicht sicher, ob der Kapitalismus und vor allem der Markt all dies überlebt. Den Markt gibt es, oder es gibt ihn nicht. Der Markt ist kein Instrument, wie es die Zentralplaner glauben wollten, nachdem auch sie verstanden hatten, dass es nicht ganz ohne Markt geht. Sie wollten den Markt deshalb benutzen – der Markt lässt sich jedoch nicht nutzen. Genauso ist auch das Angebot von Waren und Dienstleistungen das Ergebnis des Funktionierens des Marktes. Ohne Markt kann es keine Waren und Dienstleistungen geben. Die Produktion von Waren und Dienstleistungen besteht nicht neben dem Markt, sie ist der Markt selbst. Zukünftige Krisen können deshalb infolge weiterer staatlicher Eingriffe in den Markt nicht ausgeschlossen werden. Der Markt kann vernichtet werden, gerade in Europa sind wir nicht weit davon entfernt.

3. Konversion der europäischen Integration in eine bürokratische Unifikation

Überall um uns herum sehen wir anwachsende Probleme, man braucht nicht gerade weit in die Ferne zu schauen. Uns in Europa und insbesondere diejenigen unter uns, die die tragische Ära des Kommunismus erlebt haben (und dabei versucht haben, sie tatsächlich zu verstehen und daraus tiefere Schlussfolgerungen zu ziehen, als nur den allgemein bekannten Fakt, dass dies eine grausame totalitäre Diktatur war) muss heute am dringendsten interessieren, was gerade jetzt in der Europäischen Union und mit der Europäischen Union geschieht. Zu diesem Thema habe ich in den letzten Jahren in deutscher Sprache recht viel gesagt und geschrieben. Erwähnen möchte ich insbesondere die Rede im Europaparlament (Februar 2009)³, die Rede in der Bertelsmann Stiftung (April 2008)⁴,

3 Rede vor dem Europa-Parlament, Brüssel, 19.02.2009; www.klaus.cz/clanky/310.

4 „Zukunft Europas: Beethoven oder Schönberg, Ode an die Freude oder Dodekaphonie? Rede in der Bertelsmann Stiftung in Berlin, 23.04.2008; www.klaus.cz/clanky/1751.

die Rede in Bochum (Februar 2009)⁵, die Rede in Passau (September 2009)⁶, aber insbesondere meine jüngste Europa-Rede in Berlin (April 2010)⁷.

Meine Meinung zur europäischen Entwicklung ist relativ klar, häufig publiziert und daher bekannt. Deshalb füge ich hier nur einige Thesen an. Wie ich im April 2010 in Berlin sagte, vertrete ich nicht die Meinung: „je mehr Europa, desto besser“, „je tiefer wir integrieren, desto mehr gewinnen wir“, „je mehr der Staat in Europa zugunsten der europäischen Institutionen unterdrückt wird, desto besser“. Ich bin überzeugt, dass eine Fortsetzung in diese Richtung keine positive Zukunft Europas garantieren kann. Eine weitere meiner Thesen ist folgende: „Es ist notwendig, Europa und seine historische Evolution zu respektieren und nicht zu wollen, Europa gerade jetzt mit unserer Arroganz der Vernunft zu konstruieren. Dies lernten wir von Hayek (und Mises) und tagtäglich können wir uns davon überzeugen, dass das heutige Europa auch diesen Respekt vergessen hat.“

Ich weiß, dass auch die heutigen europäischen Liberalen mit der europäischen Entwicklung nicht geringe Probleme haben, was mich außerordentlich traurig macht. Es scheint mir, dass sie die Entwicklung in Europa in gewissen Aspekten unterschätzen und in anderen wiederum überschätzen. Es hat den Anschein, dass sie allzu lang geglaubt haben – oder wohl nur glauben wollten –, dass die Liberalisierungsprozesse in der Europäischen Union dominieren, d. h. Öffnung, freie Bewegung über Grenzen hinweg, Auflösung verschiedener Barrieren für diese freizügige Bewegung, was aber schon lange nicht mehr wahr ist. In gewissem Maße könnte dies in der ersten Phase der Entwicklung der europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg wahr gewesen sein. Seit jener Zeit hat sich die europäische Integration bereits lange zu einem anderen Pro-

5 „Was sagt uns die heutige Zeit über Europas Zukunft?“ Rede im Rahmen des Projektes „Herausforderung Zukunft“, Christuskirche Bochum, 19.02.2009; www.klaus.cz/clanky/654.

6 Passauer Gespräche, Mediazentrum der Verlagsgruppe Passau, Passau, 16.09.2009; <http://www.klaus.cz/clanky/1247>.

7 Humboldt-Rede: Kritik der heutigen Form der europäischen Integration, Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht, Humboldt-Universität, Berlin, 29.04.2010; <http://www.klaus.cz/clanky/2579>.

jekt, zur Unifikation, gewandelt. Diese Unifizierung bedeutet keinesfalls Liberalisierung, sondern Harmonisierung sehr unliberaler Politiken und einen schnellen Anstieg des Demokratiedefizits.

Im Allgemeinen ist es sicherlich wahr, dass das Wort Integration – im Unterschied zum Wort Desintegration – eine positive Konnotation hat. Viele europäische Liberale wollten glauben, dass die europäische Integration Schwächung des Staates bedeutet, sie meinten damit ihren Heimatstaat und erachteten dies als eine positive Entwicklung. Sie unterschätzten dabei, dass dieser neue – von der Kontrolle des Bürgers viel mehr entfernte – europäische Staat im Wesen noch weitaus schlimmer ist. „Der „Liberalisierungsbeitrag“ der heutigen europäischen Integrationsphase ist daher weitaus geringer als ihr Beitrag in entgegengesetzter Richtung.“⁸

Ein weiteres Problem, das ich heute in Europa sehe, ist der von Demut losgelöste und stolze Konstruktivismus der Brüsseler Politiker und ihrer Ideologen, der immer mehr mit der Realität in Konflikt gerät. Das heutige Europa ist ein sehr kompliziertes Konglomerat von historischen Entwicklungen, von rationalen oder irrationalen Befürchtungen und Vorurteilen sowie von vielfältigen und belastenden historischen Erfahrungen, aber auch von völlig legitimen und sich stark unterscheidenden Interessen einzelner Personen und ganzer Völker. Auf diesem Terrain sich ohne Respekt vor seiner Zerbrechlichkeit und Verletzlichkeit zu bewegen, ist ein Ausdruck gewisser Blindheit und Taubheit, was eine große Gefahr in sich birgt.⁹

Da ich mir dessen sehr stark bewusst bin, steht meine Position in starkem Widerspruch zur aktuellen Mode: Ich wünsche eine vollkommen andere institutionelle Gestaltung der Europäischen Union. Wenn ich meine Position kurz in ein paar Sätzen zusammenfassen sollte und dabei

8 Ich erinnere mich zum Beispiel an den Artikel eines ehemaligen Präsidenten der Mont Pelerin Society, meines Freundes Antonio Martino, der darin aufgrund einer derartigen „verspäteten“ Argumentation die Existenz der gemeinsamen europäischen Währung verteidigte. Er glaubte an ihre Liberalisierungswirkung, was ein absoluter Irrtum ist. Antonio Martino, Milton Friedman and the Euro, in: CATO Journal, Bd. 28, Nr. 2, 2008.

9 Im Folgenden benutze ich in freier Weise einige Absätze aus meiner Humboldt-Rede, Berlin, 29.04.2010.

auch bei einer normativen Aussage bleiben würde, müsste ich sagen, dass ich ein Europa auf der Basis von Intergovernmentalismus will, das heißt auf einem Minimum von Supranationalismus. *Ich will ein Europa, das auf vernünftiger und freundschaftlicher Zusammenarbeit von gleichwertigen und souveränen europäischen Staaten basiert.* Ich will kein von oben organisiertes Heimatland aller Europäer. *Vor allem will ich die Bürgerschaft, die das Grundprinzip jeder menschlichen Gemeinschaft darstellt, in der es möglich ist, in Freiheit zu leben.* Dadurch hat sich Europa vom Rest der Welt bis jetzt am meisten unterschieden. *Die Bürgerschaft auf kontinentaler Ebene zu erschaffen, geht aber nicht.* Sie kann nur auf der Ebene des Staates (und der Staaten) existieren. Dies halte ich für unbestreitbar.

Die Schärfe meiner Position folgt wahrscheinlich aus meinen eigenen Erlebnissen und Erfahrungen aus der kommunistischen Ära, in der ich mehr als zwei Drittel meines Lebens verbracht habe. Das kommunistische Regime hat die Gleichheit und die Souveränität der Staaten eingeschränkt. Es wurde von oben, nicht von unten organisiert. Es hat die Bürgerschaft unterdrückt. Es wurde auf Internationalismus aufgebaut, nicht auf dem Respekt vor dem Staat als der notwendigen und unersetzlichen Entität jeglicher wirklich demokratischen politischen Ordnung. Dies hat bei mir zu einer hohen Empfindlichkeit bei jedwedem Anschein von ähnlichen Erscheinungen geführt. Mit diesem verschärften Blick beobachte ich die heutige Europäische Union und sehe darin eine Reihe von Erscheinungen, mit denen ich nicht einverstanden sein kann.

Das ist aber nicht alles. Die schnell anwachsende Unifizierung, Harmonisierung, Standardisierung und Reglementierung Europas ist nur eines der Elemente der heutigen europäischen Entwicklung. *Die EU hat sich in den letzten Jahren grundlegend auch noch in anderer Hinsicht gewandelt.* Diese Wandlung wurde durch die massive Osterweiterung der Union verursacht, zu der es im ersten Jahrzehnt des einundzwanzigsten Jahrhunderts gekommen ist. Von den ursprünglichen sechs Staaten wurde die EU zunächst auf 12, dann auf 15, nach zehn Jahren auf 25 und vor drei Jahren auf 27 Staaten erweitert.

Man könnte sagen, dass die ursprüngliche Gruppe der sechs Staaten, aber möglicherweise auch die folgenden 12 oder 15 Staaten in gewissem Maße (und mit einigen Ausnahmen) eine *spezifische, relativ homogene Entität* waren, die sich klar gegen die anderen europäischen Staaten

abgrenzten. Dank dessen konnten sie langfristig möglicherweise anstreben, ein besonderes, quasi-staatliches Gebilde zu erschaffen, das eventuell mit immer wieder neuen und neuen „Lissabonverträgen“ schrittweise vereint und zentralisiert werden würde. Die Aufnahme der ersten mittel- und osteuropäischen Länder im Jahre 2004 und dann auch die Beitritte Rumäniens und Bulgariens in dieses Gebilde – und diese mussten realisiert werden, da es nicht akzeptabel und zu verteidigen gewesen wäre, dass sich die EU wie ein abgeschotteter Klub, wie etwas Ausschließendes und Elitäres verhielt – gaben der Europäischen Union eine fast gesamt-kontinentale Dimension. Bis auf Ausnahmen im exjugoslawischen Balkanraum und in der ehemaligen Sowjetunion umfasst die europäische 27-Gruppe die überwiegende Mehrheit der Länder, die historisch zu Europa gehörten und gehören.

Durch diese Erweiterung beginnen sich die EU und Europa zu überlappen und es scheint, als ob das alte Europa auf diesem Wege zu uns mit seinen alten, historisch „geprüften“ Verhaltensmustern zurückkehrte. Neben der Schwächung der Mitgliedstaaten zu Gunsten des Brüsseler Zentrums, neben der in immer mehr Angelegenheiten eingreifenden zentralen europäischen Regierung – was Prozesse sind, die ich mir nie gewünscht habe – beginnt sich langsam aber sicher die Machtordnung zu erneuern, die auf dem europäischen Kontinent insbesondere im 19. Jahrhundert überwogen hatte.

Die heutige europäische Politik wird strategisch nicht von der supranationalen Brüsseler Bürokratie formuliert, wie dies in der Regel (scheinbar kritisch, da Kritik an der Brüsseler Bürokratie „genehmigt“ ist) interpretiert wird, sondern von dem traditionellen Trio der alten europäischen Großmächte – Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Die Stimme Italiens, Spaniens und Polens ist bereits weitaus schwächer und die Stimmen der anderen Mitglieder sind fast irrelevant. Darüber, dass die Europäische Union insbesondere ein Mechanismus zur Durchsetzung des Willens der Großmächte bleiben soll, zeugt auch die jüngste Besetzung der Funktion des Vorsitzenden des Europäischen Rates und des sogenannten Außenministers. Diese Posten wurden durch den Lissabonvertrag geschaffen, der als Schritt zur politischen Einigung Europas ausgegeben wurde. Das ist nicht der Fall. *H. van Rompuy und C. Ashton symbolisieren die Zweitklassigkeit, die Abgeleitetheit und Unselbstständigkeit des Brüsseler Zentrums gegenüber den Schwergewichten der deutschen,*

französischen und britischen Innenpolitik. Dies steht im absoluten Widerspruch zu den Ambitionen des Lissabonvertrags.

In diesem „neuen“ Europa, das zu den Wurzeln von Metternich und Bismarck zurückkehrt, kommt – fast paradoxerweise – auch Russland zu seiner ehemaligen Position zurück. Es zeigt sich, dass die traditionellen Muster der Allianzen, der Einflussphären und der wirtschaftlichen Interessen nie vollkommen aufgehört haben zu existieren. Und gerade dies rehabilitiert Russland in den Augen seiner jahrhundertlangen, traditionellen europäischen Großmächtemitspieler – insbesondere Deutschland – als Partner, der seine legitimen Interessen hat, die respektiert werden müssen. Nachdem der Kommunismus, der eine globale Bedrohung war und den traditionellen europäischen historischen Zusammenhängen entglitt, am Ende war und das geschwächte und kleiner gewordene Russland erneut zur Großmacht wurde, die ihre sehr verständlichen Machtinteressen hat, steht seiner Zusammenarbeit (einschließlich der strategischen Aufteilung der Einflussphären) mit der heutigen EU nichts im Wege. Dies wollen jedoch einige Länder Mittel- und Osteuropas, die traditionell Befürchtungen vor Russland haben, nicht verstehen.

Es scheint, dass sich auf unserem Kontinent als Zusatz zu diesen Prozessen der Raum für die Rolle der Vereinigten Staaten verkleinert, denen die europäischen Mächte nach dem Zweiten Weltkrieg die dominante Position in Europa überlassen mussten – nachdem sie selbst keine Mächte ersten Rangs mehr waren. Die Europäische Union errichtet heute auf unserem Kontinent eine Art Sonderbarriere vor den USA und verdrängt sie aus ihren bisherigen Positionen. In diesem Konzept, das unter dem Schlagwort „Europa den Europäern“ zusammengefasst werden könnte, hat Russland für die heutigen Gestalter der europäischen Politik eine größere Bedeutung als die USA. Doch auch dies wird nicht explizit diskutiert, was ein offensichtlicher Fehler ist, gerade wenn man dies mit den mitteleuropäischen Augen betrachtet.

Das Verständnis der heutigen Probleme Europas wird durch die absichtliche Ignoranz des Umstandes erschwert, dass es keine gemeinsame, von den Bürgern Europas angenommene und von der breiten Öffentlichkeit geteilte europäische Identität gibt, dass es kein einheitliches europäisches politisches Volk gibt und dass die auf natürlicher Weise entstandenen und die Europäer trennenden nationalen Identitäten immer noch dominant bleiben. Mit ihnen sind Traditionen, historische

Erfahrungen, aber auch Befürchtungen, Vorurteile und Antagonismen verbunden, die sich in unterschiedlichen nationalen Interessen niederschlagen. Die Absenz einer gemeinsamen europäischen Identität bedeutet, dass es auf europäischer Ebene keine hinreichend tiefe Solidarität gibt, die die Bürger der einzelnen Länder tatsächlich spüren würden. Das ist die Realität, von der ausgegangen werden muss. Sie kann nicht durch die Bestrebungen um eine künstliche Regionalisierung Europas, durch die Übertragung immer weiterer Kompetenzen an Brüssel, durch neue Verträge oder Gesetzgebung, durch künstliche Zentralisierung und Uniformisierung oder bürokratische und administrative Regulierung umgangen werden.

Das Ignorieren der Realität kann leicht dazu führen, dass die Europäische Union nach dem Überschreiten einer bestimmten Grenze von der Organisation, die die alten Konflikte versöhnt und neuen Konflikten vorbeugt, zu einer Organisation wird, die neue und angespannte Nationalismen, neue nationale Antagonismen und neue Konflikte stimuliert.

Die Vielfalt der nationalen Identitäten, der Traditionen, der Kulturen, der Gewohnheiten und der historischen Erfahrungen war immer und ist auch heute der Reichtum Europas. Doch die Gegenwart der europäischen Integration sieht dies als Problem oder mindestens ignoriert die Kompliziertheit dieses historischen Terrains. Daher wird die Bemühung immer stärker, alle Seiten des Lebens der Menschen in den Mitgliedstaaten einheitlichen Regeln zu unterwerfen. Das Fehlen politischer Voraussetzungen und die Unmöglichkeit der Schaffung von funktionstüchtigen demokratischen Mechanismen auf gesamteuropäischer Ebene führen jedoch dazu, dass die Vertiefung und Beschleunigung der europäischen Integration immer mehr mit Hilfe von technokratischen und bürokratischen Methoden hinter dem Rücken der Bürger erfolgt. Ein Beispiel ist die fragliche Durchsetzung des Lissabonvertrags.

Eine vollkommen andere Dimension bei der Ernüchterung von den ursprünglichen Träumen über den gemeinsamen europäischen Superstaat bringt die heutige Wirtschaftskrise mit sich, die bis zur Krise des Euro und der Eurozone führte.¹⁰ Sie zeigt sehr offensichtlich das Maß an Risiken und Kosten, die die – überflüssig akzelerierenden und in jedem

10 Wann geht die Eurozone pleite?, in: *Ekonom* 16/2010, 22.04.2010; www.klaus.cz/clanky/2575 (auf Tschechisch).

Fall vorzeitig vorgenommenen – Unifizierungsschritte für die großen und kleinen, reichen und ärmeren Mitgliedstaaten brachten. Heute, nach der Annahme des Lissabon-Vertrags, kann man sagen, dass *Deutschland auf friedlichem Wege die klare europäische Hegemonie erlangte, um die es erfolglos zwei Weltkriege geführt hatte.*

Wenn wir dies jedoch aufmerksam betrachten, müssen wir wahrnehmen, dass die deutsche Reaktion auf diesen „historischen Erfolg“ eher die Desillusion und der Unwille ist, die Kosten zu tragen, die von Deutschland allgemein erwartet werden. Ganz klar und deutlich zeigt dies die griechische Schuldenkrise und die deutsche Position dazu. Wir werden mit einem großen Interesse verfolgen, ob die griechische Krise zu einer Vertiefung der europäischen Integration oder zu einer Neubewertung der bisherigen Integrationsambitionen führen wird.

Wenn nichts geschieht, dann tritt die so dringend notwendige „Neubewertung“ von selbst ein. Wie das Beispiel Griechenlands zeigt, können spontane Prozesse eine sehr dramatische Entwicklung annehmen.

Ohne Gerhard Schwarz etwas „unterschieben“ zu wollen (geschweige denn, dass ich es mit ihm abgesprochen hätte) scheint es mir, dass vieles davon, was ich auf den vorhergehenden Seiten festgehalten habe, auf ähnliche oder fast gleiche Weise gerade auch von ihm gesagt wird. Ebenso gefällt auch ihm die aktuelle Politik nicht. In der Neuen Zürcher Zeitung sagt er: „Zugleich ist in der Politik eine merkwürdige Koalition von besserwisserischen Moralisten, linken Ideologen, empörten Romantikern und opportunistischen Nachbetern entstanden, die das Mantra, Markt und Liberalismus hätten versagt, verbindet und die sich nach einem Paradies mit lauter guten Menschen und ohne schnöden Mammon sehnen.“¹¹

Ebenso wie ich sorgt auch er „sich über den wachsenden politischen Einfluss von Intellektuellen, die eine geistige Affinität mit dem Sozialismus verbindet“.¹² Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Jahr 2009 habe ich den dort versammelten Weltpolitikern (in einer geschlossenen Verhandlung der „World Economic Leaders“) persönlich gesagt, dass ich mehr Angst vor den von ihnen vorgeschlagenen staatlichen Interventionen und regulierenden Eingriffen habe als vor der Krise selbst. Daher

11 Neue Zürcher Zeitung, 31.12.2008.

12 Neue Zürcher Zeitung, 15.08.2009.

erfreute es mich, als Gerhard Schwarz auf ähnliche Weise zwei Monate später schrieb, dass „wir in einer Lage sind, in der die Medizin gefährlicher ist als die Krankheit“¹³. Auch dies haben wir nicht miteinander abgesprochen.

13 Neue Zürcher Zeitung, 03.04.2009.